

# Batocki über die Volksernährungsfragen.

## Erledigung kleinerer Gesetzentwürfe. — Die Konfessionsfrage im Heere.

Das Haus trat gestern noch in die zweite Lesung des Entwurfs über die Festsetzung von Kursen der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere ein.

**Abg. Dove (Vpt.):** Eine Wiedereröffnung der Börse dürfte wohl nicht angängig sein, weil eine sehr lebhaft entwickelte Spekulation die Folge sein würde. Es ist also nicht wahrscheinlich, daß die Börse eröffnet wird, und es müssen darum andere Vorkehrungen für die Bewertung der Wertpapiere getroffen werden. Gegen die Festsetzung des Bundesrats als Organ für diese Bewertung kann nur das Bedenken bestehen, daß der Bundesrat, um möglichst hohe Steuererträge herauszubringen, die Kurswerte sehr hoch festsetzen könnte. Ich habe diese Befürchtung nicht. In der Begründung des Gesetzes ist schon gesagt worden, daß Sachverständige, insbesondere die Börsenvorstände, gehört werden sollen, und es ist klar, daß der Bundesrat nicht aus sich heraus so weitgehende und für große Interessentenkreise erhebliche Entscheidungen treffen kann, ohne sich an sachverständiger Stelle zu erkundigen. Da sind die Börsenvorstände die geeigneten Organe; sie kennen die Papiere im einzelnen, die Gestaltung der Kursbewegung, sie sind auch in der Lage, die Veränderungen zu beurteilen, die sich vollzogen haben. Sollte gleichwohl aus statistischen Gründen eine zu hohe Bewertung der Papiere stattfinden, so steht der Rechtsweg gegen die Festsetzung allerdings nur im Verwaltungsrechtverfahren der Einzelstaaten offen. Dabei kann es nicht ausbleiben, daß in den verschiedenen Bundesstaaten ungleichmäßige Entscheidungen getroffen werden. Wir werden ja, wenn wir zu direkten Reichsteuern gekommen sein werden, zweifellos auch ein Verwaltungsrechtverfahren für das Reich organisieren müssen. Jetzt dieses Verfahren in das Gesetz hineinzuarbeiten, empfiehlt sich nicht, und wir müssen den Nachteil verschiedenartiger Entscheidungen in Kauf nehmen. Im übrigen besteht die Schwierigkeit, jetzt einen bestimmten Kennwert festzusetzen, nicht nur für Wertpapiere, sondern auch für andere Kapitalanlagen. Vor allem muß auch bei der Bewertung des Grundbesitzes auf die veränderten Verhältnisse Rücksicht genommen werden. Offenlich werden wir bei der Ausfertigung des Gesetzes keine Klagen zu erheben brauchen. Die Kreise, denen das Gesetz neue Lasten auferlegt, sollten wenigstens das Bewußtsein haben können, daß gegen sie gerecht verfahren wird. (Bravo.)

**Unterstaatssekretär Jahn:** Die gleichen Schwierigkeiten, für die nicht zum Börsenverkehr zugelassenen Wertpapiere, jetzt Kurse festzusetzen, bestanden schon beim Wehrbeitrag. Auch damals sind diese Papiere nicht nach ihrem Kennwert, sondern nach ihrem wirklichen Wert eingeseht worden.

**Abg. Carsten (Vpt.):** Wenn in Petersburg und anderswo die Börsen geöffnet sind, dann könnte man auch bei uns dazu übergehen. Es muß unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß jede fiskalische Ausmacheret unterbleibt. Die größten Schwierigkeiten werden sich bei der Kursfestsetzung für ausländische Wertpapiere ergeben. Wie soll diese Festsetzung erfolgen? Darüber muß rechtlich Klarheit geschaffen werden. Im übrigen gibt es ja begünstigte und weniger begünstigte Aktien. Die Besitzer von Aktien aus den Kriegsindustrien stehen viel besser da als die Besitzer von Aktien aus Industrien, die im Kriege nicht beschäftigt werden können. Zweifellos sind die Aktien der Kriegsindustrie ganz erheblich im Werte gestiegen, während die Kurse der anderen Aktien im Werte zurückgegangen sind. Es wird Sache der Börsenvorstände sein, bei der Kursfestsetzung hier für einen gerechten Ausgleich zu sorgen.

**Abg. Zimmermann (Mitgl.):** Im Gegensatz zum Vorredner halten wir es für richtig, daß die Börsen seit Kriegsbeginn geschlossen sind. Die Verhältnisse in Paris, London und Petersburg zeigen wirklich nicht zur Nachahmung. Wer jetzt im Inland flüssiges Geld hat, legt es am besten in deutscher Kriegsanleihe an.

**Abg. Frhr. v. Camp (V. Pr.):** Auch wenn wir bei uns die Börsen öffnen würden, würden wir keine zuverlässigen, dem wirklichen Wert der Papiere entsprechenden Kurse erhalten. Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

### Auskunft über Kriegsverordnungen.

Es folgt die zweite Lesung des Antrages Schiffer-Magdeburg (Mitgl.) über den Gesetzentwurf für Auskunftserteilung über Kriegsverordnungen.

**Abg. Siehr (Vpt.)** hebt als Berichterstatter über die Ausschussverhandlungen die Notwendigkeit eines solchen Gesetzentwurfes hervor. Auch ein geschulter Jurist kann sich in den Verordnungen nicht mehr zurechtfinden.

Auf Antrag des **Abg. Freiherrn v. Rechenberg (Vr.)** wird die Vorlage ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die gestern abgebrachte Aussprache über Seeresfragen wird fortgesetzt.

**Abg. Dr. Neumann-Hofer (Vpt.):** Die gestrigen Ausführungen des Abg. Dr. Mayer waren zu partikuläristisch gehalten. Er hat fast ausschließlich von seinem lieben Bayern gesprochen. Würden die anderen Bundesstaaten mit ihren Wünschen ebenso aufmarschieren, es würde kein schönes Bild ergeben. Bei der Vergütung von Kriegsteilnehmern muß allein der Gesichtspunkt der Schlagfertigkeit des Heeres ausschlaggebend sein. Vieles von dem, was der Abg. Stülken gestern gesagt hat, können wir unterschreiben. Die Kompagniechefs sollten in der Tat sich auch mehr um die Beköstigung ihrer Mannschaft kümmern. Zahlreich sind die Klagen über die Degradation von Offiziersstellvertretern. Man muß sich nur in die Seele eines solchen Menschen versetzen, der lange Zeit mit den Abzeichen eines Offiziersstellvertreters herumgegangen ist, vielleicht das Eisene Kreuz I. Klasse besitzt und nun plötzlich diese Abzeichen ablegen muß. Ähnliche Klagen hören wir jetzt auch von den Beamten-Stellvertretern.

### Die Dissidentenfrage im Heere.

Was den Standpunkt der Seeresverwaltung in der Dissidentenfrage anlangt, so kann ich nur sagen, daß die Haltung des Kriegsministeriums bei uns direkt als ein Skandal angesehen wird. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Vertreter des Kriegsministeriums hat heute zwar bestritten, daß ein solcher Erlaß ergangen ist, aber er hat zugeben müssen, daß ein Brief gleichen Inhaltes vom Kriegsministerium an den Abg. Beckler ergangen ist. Das ist aber auch das einzige Neue, das wir erfahren haben. Jedenfalls bekennt sich das Kriegsministerium auch in dem Briefe zu dem Grundsatze, daß konfessionslose Dissidenten von der Beförderung zum Offizier ausgeschlossen sind. Diese Stellungnahme des Kriegsministeriums steht mit der preussischen Verfassung im Widerspruch. (Sehr richtig! links.) Das Gesetz vom 2. Juli 1869 bestimmt:

„Alle noch bestehenden, von der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses herrührenden Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte werden aufgehoben, insbesondere soll die Befähigung zur Teilnahme an den Gemeinde- und Landesvertretungen und zur Bekleidung öffentlicher Ämter vom religiösen Bekenntnis unabhängig sein.“

Meine Freunde vermögen nicht einzusehen, wie die Seeresverwaltung dazu hat kommen können, gegen diese klare gesetzliche Bestimmung zu handeln. (Sehr richtig! links — Zuruf links: Und noch dazu im Kriege!) Wenn jeder einzelne Staatsbürger sich den Gesetzen unterwerfen muß, so muß das in erster Linie auch von der Regierung verlangt werden. Kann sich denn die Regierung nicht endlich zu dem Entschlusse aufraffen, den ganzen mittleren Alterlichen Bundes, die Rassen, Klassen, Glaubens- und Gesinnungsschnüffelei über Bord zu werfen? (Sehr richtig! links.) Das Volk versteht es nicht, daß ein konfessionsloser Dissident zwar Erzeleuz und Unterstaatssekretär sein darf, nur nicht Leutnant. Kein Mensch bezweifelt, wie gerade die Seeresverwaltung gegen das bekannte Kaiserwort fortgeht, noch dazu im Namen des Kaisers, handeln darf.

Die Behandlung der Soldaten ist besser geworden. Jeder Vorgesetzte muß zu der Ueberzeugung gebracht werden, daß, wenn er einen Untergebenen beschimpft, er das ganze Volk beschimpft, denn unser Heer ist ein Volksheer im wahren Sinne des Wortes. (Beifall links.)

**Oberst v. Brischberg:** Ich habe schon vorher erklärt, daß in der Frage der Beförderung von Dissidenten zu Offizieren eine wohlwollende Prüfung erfolgen soll. Ich bitte Sie, diese Prüfung abzuwarten. Das Kriegsministerium hat schon vor längerer Zeit die Verfügung erlassen, die Zahl der in den Kriegsgesellschaften beschäftigten Juden festzusetzen. Diese Verfügung hat nur den Zweck, statistisches Material zu sammeln, um unberechtigten Vorwürfen die Spitze abzubreden. Eine antisemitische Absicht liegt selbstverständlich nicht vor. Diese Verfügung ist ergangen, lange ehe die Verhandlungen im Reichsausschusse stattfanden. Die schlechte Behandlung von Soldaten, Beschimpfungen usw. mißbilligt die Seeresverwaltung aufs erlichste. Wir haben den Beweis erbracht, daß alle Mittel angewendet werden, um hier Gutes zu schaffen. Unser Vorgehen hat bereits gute Früchte getragen. Allgemein kann das Uebel noch nicht verschwunden sein, dazu ist das Heer zu groß. Aber was geschehen kann, das geschieht. Wenn Offiziersstellvertreter die Uniform aberkannt wurde, so wollen sie sie wieder bekommen. Es soll überhaupt vermieden werden, daß sie abgelegt haben. Bezüglich der Beamtenstellvertreter wird in eine Prüfung eingetreten.

### Die Behandlung der Soldaten.

**Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Soz. Arb.)** bespricht Beschwerden von Munitionsarbeitern und führt Fälle an, in denen angeblich radikal gefonnene Sozialdemokraten ihre Zustimmung wegen zum Heer eingezogen wurden. Das Volksheer ist nach wie vor ein Klassenheer. Die hohen Mindeststrafen für einfache Vergehen führen zu wahren Schreckenurteilen. Soldatenmishandlungen werden erst aufhören mit der Anerkennung des Rechtes auf Nothwehr. Den Mannschaften sollte noch häufiger Urlaub gewährt werden. Weil das Heer ein Klassenheer ist, dauert der Krieg so lange. Zu seiner Beendigung muß der Klassenkampf beitragen. (Beif. b. d. Soz. Arb.)

**Oberst v. Brischberg:** Die eingezogenen Jugendlichen, von denen der Vorredner sprach, sind bei der Unternehmung tauglich befunden worden, bei den konfessionellen Nachprüfungen kann von ihrer politischen Gesinnung nichts bekannt gewesen sein.

**General v. Dönn:** Die Reform der Besoldungsordnung spart jährlich 12 Millionen. Einer der Vorredner hat gemeint: Je geringer die persönliche Gefahr, desto höher die Besoldung. Man rechne doch auch nach der Tätigkeit und Verantwortlichkeit der betreffenden Stelle! Unsere Vorgesetzten geben uns Feuer hinein, um zu zeigen, daß sie das Los des einfachen Soldaten teilen. Die Offiziere scheinen nicht in den Schützengräben, sie teilen den Hunger mit den Soldaten, wenn einmal gehungert werden muß. Je höher die Stellung, desto einfacher das Leben draußen. Allerdings geht noch manches von der Ausgabe bis zur Feldküche verloren, aber ich habe strenge Nachprüfung aller solchen Vorkommnisse angeordnet. Den Offizieren würde ich für sehr beschämend halten, der nicht weiß, daß die Leute um so besser für ihn und das Vaterland eintreten, je besser versorgt und in je besserer Stimmung sie sind.

**General v. Langemann** verliest zum Beweise dafür, wie das Verhältnis zwischen Soldaten und Offizieren in der Armees ist, ein herzliches Schreiben, das er jetzt von Soldaten seiner Kompagnie, Jahrgang 1868, erhalten hat.

**Abg. Heib (Mitgl.):** Die Schilderungen meines Vorredners aus dem Munde über das Heer sind vollkommen falsch. Das ganze Heer, vom General bis zum einfachen Soldaten, besteht aus einheitlicher Geist. (Beifall.) Die Dissidenten müssen nicht nach Wohlwollen, sondern nach Recht und Gerechtigkeit, wie das Gesetz von 1869 es vorschreibt, behandelt werden. Jeder, der die nötige Bildung besitzt, muß Offizier werden können. Die neue Verordnungsordnung ist untern Beifall: es ist schwierig, im Kriege etwas Wertvolleres zu schaffen. Nur sind die Offiziere, die nach dem 1. Oktober befristet sind, gegenüber den älteren zu sehr im Nachteil. Das erzeugt leicht Erbitterung. Die Erlasse, welche die Lage der Mannschaften bessern sollen, sind freudig zu begrüßen. Sie müssen aber auch befolgt werden. Wer dagegen verstößt, muß bestraft werden. Von oben herab will man das Beste. Die Resolutionen des Ausschusses werden den Beifall des ganzen Volkes finden.

Welches Verständnis Generalfeldmarschall v. Hindenburg für die Bedürfnisse in der Heimat hat, beweist die Tatsache, daß er, als Noth war, sofort 10 000 Pferde zur Verfügung gestellt hat, um die Kartoffeln herauszubringen. (Beifall.) Bei dem Pferdeankauf sind viele Mißstände vorgekommen, viele Pferdehändler sind Millionäre geworden.

**Abg. Heins (Soz.):** Beim Kriegsministerium findet man stets offenes Ohr. Der Weg nach unten ist aber immer weit. In der Dissidentenfrage habe ich im Kriegsministerium zunächst immer die Antwort erhalten, daß ein Verbot der Ernennung von Dissidenten zu Offizieren nicht bestünde. Heute hat man uns mit militärischer Offenheit das Gegenteil gesagt. In der Begründung kommt der sehr bedenkliche Satz vor: Die letzte ernste Zeit habe bewiesen, wie tief die Religion im Volke wurzelt. Religion und Konfession sind zwei ganz verschiedene Dinge. Religion darf nicht in Akerensstil getrieben werden. Das tief innerliche religiöse Erlebnis tritt auch bei Verlorenen auf, die keiner Kirche angehören. Dabei ist der Standpunkt des Kriegsministeriums un-

haltbar. Uns ist es in dieser Frage bitter ernst. Die Dissidenten tun genau so ihre Pflicht wie jeder andere. Daher ist es ungerecht, sie als Soldaten zweiter Klasse zu behandeln. Ähnlich liegt es mit der Beförderung der Juden. Fortgesetzt verfehlt das Kriegsministerium, daß es nichts sagen jüdische Offiziere habe, und daß es antisemitische Tendenzen weit von sich weise. Es fängt die Sache aber so ungeschickt wie möglich an. Dazu gehört auch die Judenstatistik in den Kriegsgesellschaften. Es ist nun einmal nicht zu leugnen, daß die jüdische Bevölkerung körperlich der nichtjüdischen Bevölkerung nicht gewachsen ist. Ein Jahrtausend Ghetto geht an einem Volk nicht spurlos vorüber. Wenn ein Volk Jahrhunderte hindurch von jeder körperlichen Arbeit ausgeschlossen wird, dann ist es kein Wunder, daß es körperlich vommerschen Grenadiere und oberbayerischen Bauern nachsteht. Wenn man eine Abklärung der Juden in einer Weise vornimmt, die auf Ungebildete, antisemitisch instigirte Vorgesetzte ganz besonders aufreizend wirken muß, dann macht man jüdische Vorgesetzte allerdings ganz unmöglich. (Sehr richtig.)

### Der Antisemitismus im Heere.

Trotzdem die Juden von dieser Stelle als ein Fremdkörper bezeichnet worden sind, haben sie im Kriege ihre volle Schuldbiligkeit getan. Man sollte sie daher ihr Judentum nicht in einer so unnoblen Weise fühlen lassen. (Sehr richtig! links.) Leider macht sich der erbärmliche Antisemitismus im Heere mit der längeren Dauer des Krieges immer mehr breit, denn erbärmlich ist es, jetzt, wo wir die Zusammenfassung aller Volksträfte brauchen, andere wegen ihres Bekenntnisses zu misshandeln oder zu beschimpfen. (Lebhafte Zustimmung links.) Es ist das ein trauriger Beweis für eine verkehrte Erziehung im Volk und im Heer. Im Heer wird nicht jedem Tüchtigen freie Bahn geschaffen, da wird nach der Konfession gefragt. Gerade die Kreise, die so viel Wert auf die Religion legen, begrüßen es freudig, wenn ein Jude auf einmal seine Religion beiseite wirft. Dann auf einmal ist er zum Offizier geeignet. Ist das das Ehrgefühl unserer Offiziere, ist das der sittliche Ernst, auf den sich das deutsche Volk so viel zugute hält? (Sehr laut links.) Viele Juden sind für das Vaterland gefallen: sie hofften, an dem neuen Deutschland mitbauen zu können, damit Recht und Wahrheit, Kraft und Schönheit darin wärlen sollten. Sorgen wir dafür, daß die Ueberlebenden nicht schließlich die Toten beneiden müssen, die im Dienste des Vaterlandes ein solches Ende gefunden haben, während wir einen hoffnungslosen Kampf mit Realität und Falschheit führen müssen. (Beifall links.)

Wären Sie nach Frankreich. Ich verneine mich vor diesem großen Volk, das für seine vermeintlichen Ideale seinen letzten Blutstropfen opfert. Dort drüben gibt es keinen Unterchied zwischen Juden und Christen, zwischen Freimaurern und Gläubigen, da gibt es nur ein französisches Volk und einen französischen Willen. Unser Ansehen im Auslande würde herabgesetzt werden, wenn nicht Wandel eintritt. Wir glauben nicht, daß uns eine bessere Zukunft geschenkt wird. So stark ist kein Kaiser und kein Kanzler.

### Deutschlands bessere Zukunft.

Das Volk muß sich das bessere Deutschland selbst bereiten. Aber wenn die Regierung dem Volke auch nicht abhandeln helfen kann, so kann sie jedenfalls sehr viel schaden, wenn sie nichts tut, um den Glauben an die Zukunft aufrecht zu erhalten. Ein freiwilliger Offizier hat geschrieben, die neue Besetzung in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes bedeutet eine Abkehr von der Verbindung der inneren und auswärtigen Politik, namentlich der Kriegspolitik. Nach unserer Ansicht hat die Regierung gerade mit der Fundierung der Kriegspolitik auf dem moralischen Boden einer guten inneren Politik das Klügste getan, was sie tun konnte. (Lebhafte Zustimmung links.) Eine Abkehr davon wäre ein Verhängnis für Deutschland. Wir können nicht dulden, daß durch Ungerechtigkeit und Unfreiheit, durch Kleinlichkeit und Schwäche gegen gewisse alte Ueberlieferungen der einmütigen Siegeswille des Volkes zerstört wird. (Lebhafte Zustimmung links.)

**Abg. Dr. Haas-Karlruhe (Vpt.):** Es ist nicht richtig, was der Abg. Cohn gesagt hat, daß unser Heer ein Klassenheer sei, daß draußen eine entrechtete Masse von Anechten stehe, beherzigt von stolzen Herren. Wenn es so wäre, dann hätte nicht erreicht werden können, was erreicht worden ist. (Lebh. Zustimmung!) Was in diesen Tagen an der Somme geleistet wurde, kann nicht geleistet werden von einer entrechteten Masse, sondern nur von einem Volksheer, nur von aufrechten deutschen Soldaten. (Erneuter Beifall.) Es gibt bedauerliche Ausnahmen, die energisch bekämpft werden müssen, aber im allgemeinen stehen die Dinge gut. Die Art, in der der Abg. Cohn die Dinge dargelegt hat, ist keine demokratische Art. (Sehr richtig! links.) Gerade als Demokrat sage ich: dies alles könnte nur erreicht werden, weil keine Anechten, sondern freie Männer draußen im Kampf stehen, gestärkt durch ihre Ueberzeugung. (Lebh. Beifall!)

### Keine Reglementierung der religiösen Ueberzeugung.

Nun zur Dissidentenfrage. Es ist wahr, daß mancher eine andere und tiefere Stellung zur Religion gefunden hat als vor dem Kriege. Viele draußen haben den Spott über religiöse Dinge verlernt, und manche sind gläubiger geworden. Aber solchatisch ist die Stellungnahme des Kriegsministeriums in dieser Frage nicht. Der Einzelne mag tief gläubig sein, aber er fragt den anderen nicht danach, welches Glaubens er ist. (Sehr gut! links.) Wenn der andere nur ein guter Kamerad und ein tapferer Soldat ist, dann ist er recht als Kamerad. Die ganze Stellungnahme des Kriegsministeriums paßt in unsere Zeit nicht hinein. (Sehr richtig! links.) In religiösen Dingen soll man die Ueberzeugung des anderen achten und ehren, aber reglementieren kann man diese Dinge nicht.

Nun zur Abklärung jüdischer Soldaten und jüdischer Angestellten bei den Kriegsgesellschaften. Ich spreche hierüber, weil ich Jude bin und der Eindruck nicht entstehen darf, als ob Juden ausschließlich in dieser Frage geschwiegen hätten. Ich habe mich immer offen und freudig zum Judentum bekannt. (Beifall links.) In den weitesten Kreisen der deutschen Juden und weit darüber hinaus hat die angeordnete Abklärung lebhaftes Befremden erregt. (Sehr richtig! links.) In eine Zeit, in der die Einheitlichkeit und Geschlossenheit aller Volksträfte dringend notwendig ist, paßt ein solcher Erlaß nicht hinein. (Zustimmung links.) Das Kriegsministerium hat nicht nur alle antisemitischen Tendenzen bestritten, sondern erklärt, mit dem Ergebnis der Abklärung unbedingte Bewußtseins bekämpfen zu wollen. Ich nehme diese lokale Erklärung des Kriegsministers loyal an. Aber ungeschicklich bleibt die Verfügung.

Die Verfügung ist auch geeignet, die Autorität jüdischer Vorgesetzter zu untergraben. Wir wäre es als Kompagnieführer oder nicht angegeben gewesen, wenn dieser Erlaß in die Hände meines Kompagnieführers gekommen wäre. Wir haben eine Fülle von